

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Kaffeeindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Keine Redaktionen jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizehnl. Blattzeitung 50 Hg., für die Zeilen 30 Hg.

Unsere Erfahrungen mit den Christlichen bei den Lohnkämpfen

Wir hatten noch wenig Gelegenheit mit der christlichen Organisation bei den Lohnkämpfen gemeinsam zu operieren. Der Vorgang liegt in der Natur der Sache und der Macht der Christlichen selbst. Eine Organisation, die nur im letzten Stadium Deutschlands Mitglieder aufweisen kann und ihre Machtposition gegen das Unternehmertum schon als breiter Schwere dokumentiert, im übrigen aber durch die arbeitslose Vergangenheit als unzuverlässiger Kontingenz in allen vorwärtszielenden Kämpfen gilt, muß schon auf Herz und Nieren geprüft werden, bevor man sich mit ihm in ein Schicksal einläßt.

Die ersten Erfahrungen, welche von allen freien Gewerkschaften bei einer gemeinsamen Aktion mit ihnen gesammelt wurden, waren nicht günstig, mit offenen Armen die Christen aufzunehmen. Wir hatten daher bis jetzt die Tendenz beobachtet, bei den Lohnkämpfen, gezogen von der Stärke unserer Organisation, allein vorzugehen, weil wir dadurch auch am besten abschließen konnten. Selbst zeigte sich aber, daß die Mission der Christen, sobald sie nicht in die Lohnkämpfe mit einbezogen wurden, sich die Tendenz der Gelben zu eigen machten. Entweder zögen sie mit ihren wenigen Mitgliedern selbst Forderungen an die Unternehmer ein, die natürlich weit unter den Grenzen unserer Forderungen blieben oder sie schickten sich in der ihnen nahegelegenen Zentrumswelt, daß sie mit dem Lohnkampf nichts gemein haben. Unser Vorgehen wurde dadurch außerordentlich erschwert, und für die Unternehmer konnte es nicht hilfreich sein, als die Tatsache, daß bei den Unterhandlungen von Arbeitsorganisationen zwei Vorschläge das Objekt des Streikens und Streikens bildeten.

Mit ihrem Nicht-Kommen aber die Christlichen nicht weiter der aufgeschalteten Kollegen wurde eine starke Entwertung herbeigeführt und zu guter Letzt mußten sich die Kollegen mit einem minderwertigen Angebot abfinden, weil eben die Verhinderung, durch das allein gemeinsame Handeln Grundfragen beim streikenden Vorgehen der Christen, in den Reihen der Kollegen eingeleitet war.

Alle diese Erfahrungen waren natürlich nicht geeignet, dem Unternehmertum einseitige Zugeständnisse abzugewinnen. Es mußte mit einem festen Kompromiß die Bewegung beendet werden. Doch unter solchen Umständen die Frage aufzuwerfen, ob es nicht günstiger sei, in den Kämpfen, wo Christliche vertreten sind, bei den Lohnkämpfen gemeinsam vorzugehen, ist ganz natürlich. Wir konnten unmöglich verstehen, wie durch das Verhalten der Christlichen unsere Kollegen um ihre gerechten Forderungen gebracht wurden und sie sich mit einem Ringen abfinden lassen mußten. Warum haben wir in diesem Jahre in den Städten, wo die Christlichen im Jang kamen, mit ihnen gemeinsam die Lohnkämpfe geführt. So in Bielefeld, Köln und Düsseldorf.

Die Erfahrungen, die wir bisher gesammelt haben, sind allerdings keine erfreuliche. Jede der beiden, weil die Mitglieder nicht handgehalten können, wir müssen anerkennen, daß sich die Mitglieder der christlichen Organisation bei den Streiks nicht schlugen, jedoch die Forderungen waren alles andere als Strategen. Wir sind überzeugt, daß zur Durchführung der Lohnkämpfe eine gewisse Erfahrung gebietet und derjenige, der solche nicht gesammelt hat, soll lieber von dem Streik als Führer zurücktreten. Wir gehen auch zu, daß die Christlichen weniger Schutz verdienen können; sie haben ja schon mit dem Unternehmertum Kämpfe auszufechten und sind schließlich auf das Verhalten der freien Gewerkschaften besser driften. Wie oft mußte man in ihrer

Zeitung lesen, und es stellt sich wie ein roter Faden durch die ganze Gewerkschaftsbewegung, daß ihre Gegner des Klassenkampfes sind. Die Verhältnisse im Wirtschaftskleben sind aber stärker als die „furchtbaren“ Verhältnisse der christlichen Gewerkschaften. Das Unternehmertum preßt auf das religiös-patriotische Aussehen und behandelt, wenn es im Interesse seines Geldes liegt, die schwarze Fakultät genau so „human“ wie die „Koten“. Die Christen wurden also, wenn auch mit Widerwillen, in die Klassenkämpfe hineingezogen, dann kamen sie auch nicht nach dem Fideleum handeln. So du schlägt meine rechte Hand, schlägt auf die linke. Sie waren daher gezwungen, dem Kampf mit dem zentralen Unternehmertum aufzunehmen. Im Inneren ludigten die Christenführer dem Grundfrage. Welche dem Unternehmern den Weg, mache ihn aber nicht nach. Sie spielten sich auf, besser zu sein als die „Koten“, indem sie immer wieder versuchten, mit den Unternehmern es nicht zu verderben. Mit dieser Zeitstrategie konnte sich unsere Organisation nicht einverstanden erklären. Wir handelten nach dem Grundfrage. Glaubt du meinen Juden, so habe ich Deinen Juden.

Die Ohnmacht der Christen kam aber recht greifbar bei den Postkassenarbeiten zum Ausdruck. Man möchte meinen, durch die gute Verbindung mit in die oberen Kreise der streikenden Zentrumsgewerkschaft und dem zugehörigen Apparat wäre es ein leichtes gewesen, auch diese, den Christlichen sehr nahegelegenen Kreise zur Durchföhrung des Streiks und Unterbrechung der kampfenden Christen auszurufen. Von alledem aber keine Spur. Sie dem Zentrum ergebene Bevölkerung kümmerte sich nicht um die Aufgabe ihrer Leidensgenossen, sie überließ die Durchführung des Streiks der sozialdemokratischen Protokollanten. So wie hier die Christen auf ihre Gleichgesinnten keinen Einfluß ausüben konnten ebenso war es bei den ihnen nahegelegenen Zentrumswelt. Die täglichen Situationsberichte über den Stand der Kämpfe brachten nur die sozialdemokratischen Zeitungen; die Zentrumspresse benachlässigte die Aufnahmen solcher Berichte im redaktionellen Teil; sie war aber nicht abgeneigt, alle Publikationen der Postkassenmission im Jugendentum gegen Bezahlung zu veröffentlichen. Von oben die Krone dieses Verhaltens gebührt zweifellos dem Blatte der „Königlichen Volkszeitung“, dem „Sozialanleger“, für dessen „Aus der Arbeiterbewegung“ der christliche Gewerkschaftssekretär in Köln verantwortlich ist und ebenfalls Einwendungen von der gemeinsamen Lohnkommission zurückwies. Wenn sich die Christen damit herausreden versuchen, diese Einflußlosigkeit ist ein Beweis dessen, daß sie keine Gewerkschaften sind, so verweisen wir nur auf die das ganze Jahr hindurch aufeinander schwärzenden über den Terror der Sozialdemokraten und sonstige gemeinsamen Sagen über die freien Gewerkschaften, die von dem christlichen Korrespondenzbüro in die Zentrumspresse fließen und dort freudig veröffentlicht werden.

Der Streik wurde also nur von der sozialdemokratischen Kreise durch die Initiative unserer leitenden Kollegen geführt und von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft befolgt. Diese Tatsachen aus der Zeit zu brennen, sind auch die Christlichen, trotz der ihnen eigenen Feindschaft nicht in der Lage. Sie haben sich, jetzt nach dem Abschluß des Kampfes, auch nur ein Wort darüber zu schreiben und in ihren Versammlungen zu sprechen. Statt dessen können wir aber einen kurzigen Vorgang beobachten, der so richtig die ganze Verkommenheit der

Christen in das greifste Licht rückt. Jetzt malieren sie sich über die von uns eingeleitete Taktik und behaupten beweislos, durch die von uns angewandte falsche Taktik sei der und dort der Ausgang des Kampfes ohne Erfolg beendet worden. Wir müssen schauen über die Schlaubeit, die nur von den christlichen Strategen der Öffentlichkeit unterbreitet wird. In der Sucht zur Verleumdung vergessen die Unvorsichtigen vollständig, daß alle Maßnahmen mit ihrem Einverständnis getroffen wurden, und dort, wo die gegebene Situation eine Änderung der Taktik erforderte, mußte im Interesse der Gesamtbewegung sie operiert werden, daß ein völliger Zusammenbruch vermieden werden konnte. Selbst auf die Gefahr hin mußte von uns so gehandelt werden, wenn es auch der Christen nicht in ihr Konzept paßte. Die Christlichen sollen sich ein für allemal gesagt sein lassen, daß die Verantwortung, die wir als die größte Organisation tragen, eine weit größere ist, als die einer Organisation, welche kaum einige Duzend ihrer Mitglieder in der Gewerkschaftsliste hat. Wir würden mir hinkommen, wenn bei zukünftigen Vorkäufen mit den Christlichen diese mit wenigen Möglichkeiten der Ausführung bei Beendigung eines Kampfes und Boykotts gehen und mit uns darin zu fügen hätten? Gerecht geht die Verantwortung nicht, denn die Jede eines zweifelsvoll verlängerten Streiks und Boykotts hätte ausschließlich unsere Organisation zu bezahlen.

Die Gründe, warum in der christlichen Zeitung gegen unsere Taktik bei den Lohnkämpfen mobil gemacht wird, sind nur zu durchsichtig. Nach Lohnkämpfen gibt es überall unzufriedene Kollegen, die dieses oder jenes an der Streitleitung auszufragen haben. Bei ruhiger Ueberlegung können sie aber selbst zu der Ueberzeugung, daß nicht anders gehandelt werden konnte. Und an diese Unzufriedenen werden sich nun die Christen durch Umdeutung der Wahrheit um ihr Zünden fischen zu können. Glück werden sie mit ihrer überausen Taktik nicht haben. Sie werden höchstens erreichen, daß den Unternehmern Wasser auf ihre Mühlen geleitet wird, in der Zukunft die Klause noch schwerer werden und dazu beitragen, daß die Kollegenchaft um so härter ihre gerechten Forderungen durchsetzen kann. Mit solchem hinterhältigen Vorgehen werden aber die Christenführer den letzten Rest ihres Ansehens bei ihren Mitläufern verlieren und auch dort in Mitleid kommen, wo sie es mit überheblichem Augenversehen verstanden haben, die Arbeiter für die „christlich-nationalen“ Sache einzusetzen.

Legt Euch nicht vorzuführen, Kollegen, und kämpft für eure gerechte Sache, unbetäubt von der Feinde umgeben!

Die Thonner Saniglichenfabriken lenken ein

In Thon, der Stadt der süßen Produkte, muß die Arbeiterschaft, wie wir schon oft berichtet, in den Saniglichenfabriken noch unter den denkbar schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnissen arbeiten. Der Organisationsgedanke konnte fast gar keinen Eingang finden, weil die entrechtete Arbeiterschaft nicht wagte, sich gegen den Willen der Herrschenden zu organisieren. Hier mußte der Zentralverband eingreifen, um den Beschäftigten das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zu sichern, und die Arbeiterzeitungen halfen in anerkannter Weise mit. Jetzt ist der Weg frei! Die Herrschenden Saniglichenfabriken haben nach rechtzeitig eingeleitet, daß sie nicht instande sind, der Gewerkschaftsbewegung außerdem Widerstand zu leisten. Sie haben eingesehen und wollen jedenfalls gern die Arbeiterkonsumenten, als die besten Saniglichenabnehmer, behalten. Die Angriffe gegen die Arbeiterbewegung wurden eingestellt und dort in der Branche Beschäftigten das volle Koalitionsrecht gewährt. Nach der Veröffentlichung, mehrerer Artikel in der „Volksmacht“ und der „Königsberger Volkszeitung“ über die Zustände in den Thonner Saniglichenfabriken liegen von den Saniglichenfabriken jetzt folgende Gestaltungen vor:

Die Firma Hermann Thomas schreibt: Zur Kenntnisnahme für meine Angestellten. Ich erlaube jedoch, dass am Sonnabend, 21. Juni 1913, abends 7 Uhr, im Restaurant „Zum goldenen Stern“...

Thoma, den 19. Juni 1913. Oster Thoma, in Firma Hermann Thomas.

Berühmte Erklärung wurde auch dem Verbandspräsidenten abgegeben. In einer mündlichen Unterredung erklärte auch Herr Thoma, dass er die schärften Ausdrücke zu den Arbeitern...

Auch die Firma G. Beebe gab dem Zentralverband nachfolgende Erklärung ab: Thoma, den 17. Juni 1913. Herr Verbandspräsident A. Gröge.

Auf Ihre Zeilen vom 11. Juni 1913 bin ich nur das Gesagte wiederholen, nämlich, dass ich es zwar wie bisher keinen Angestellten verweigere, Mitglied einer Organisation zu sein...

Herr Beebe wollte in der mündlichen Unterredung am 21. Juni 1913 nachweisen, dass die „Bäckerei“, die „Konditorei“... Er wollte behaupten, dass in seinem Betriebe für verheiratete Arbeiter...

Arbeiterferien

Die gewaltige Umwälzung in der Arbeiterbewegung hat die gewaltigste Reaktion hervorgebracht. In den letzten Jahren ist der Arbeiterbewegung ein mächtiges Wachstum zu Teil geworden...

Die Arbeiterbewegung hat in der letzten Zeit einen mächtigen Aufschwung genommen. Sie ist von den Arbeitern als die Organisation...

Das Wohl des einzelnen wie des Volksganges bedacht sein will, nicht erst die Zeit herankommen lassen, wo eine Erleichterung in die Erscheinung tritt. Hier heißt es rechtzeitig vorbeugen. Auch das wirksamste Mittel für eine Prophezeie in dieser Richtung ist ein alljährlicher Erholungsurlaub.

An einer anderen Stelle äußerte sich Dr. Fischer folgendermaßen: Bemerk sei, daß Ferien von nur zwei bis drei Tagen so gut wie ganz zwecklos, ja bisweilen sogar schädlich sind.

Arbeit bedeutet, das weiß jeder, den Konjum von Lebenskraft. Dieser darf nicht größer sein als der Zuwachs, sonst geht es schnell abwärts. Wenn wir für einige Zeit unsere gewohnte Tätigkeit unterbrechen, was einen Verlust gännen, dann hört der Konjum unserer Kräfte auf, während die Natur eine reichlichere wird.

Da sollst nicht nur neue Mitglieder zu gewinnen streben, sondern auch helfen, die Gewonnenen der Organisation zu erhalten. Wenn du hier gleichgültig beiseite siehst, bist du ein Tor, denn du läßt dann die Früchte deiner eigenen Arbeit leidenschaftlicher Weise wieder verderben!

bringt, als wenn wir die erwachsende Ferienausgabe kapitalisieren wollen. Darum löse ich keine der Unterbrechung der Arbeit. Wer in die Ferien geht, der geht in gewissem Sinne zur Spardose, zur Spardose auf die Seite zu legen. Natürlich sind das nur einzelne Ansichten der Unternehmern. Im allgemeinen kann man jedoch die Wahrnehmung machen, daß das Unternehmertum gegen die Sommerferien für die Arbeiter eingegangen ist.

Unsere Organisation kann von erfolgreichsten praktischen Regelungen der Ferien berichten. Der Wert der Ferien kommt besonders bei den Bäckern und Konditoren, wo die siebenstägige Arbeitswoche vorherrschend ist, nicht so zur Geltung wie dort, wo die Arbeitswoche sechs Tage beträgt.

Nach unserer Statistik sind Ferien verlegt in 130 Betrieben für 3176 Betriebe mit 9555 Personen auf die Dauer von 1 bis 14 Tagen im Jahre. In solchen Betrieben, wo die siebenstägige Arbeitswoche herrscht, sind 365 Betriebe und 3555 Personen beschäftigt, in 2500 Betrieben. Sie können also in den letzten Jahren auf den bedeutenden Erfolg in der Ferienbewegung zurückzuführen.



Verbandsnachrichten. Schauinsland des Verbandes. Wahlprüfung der Verbandsmitglieder. Bei dem letzten „Kongressabend“ sind an die Jahressitzungen die Stimmzettel zu der vom Verbandstage beschlossenen Wahlprüfung verschickt worden.

gettel sofort den Mitgliedern (auch den außerhalb des Sitzes der Zahlstelle wohnenden Mitgliedern) zugestellt werden. Bis Ende Juli müssen die ausgefüllten Stimmzettel seitens der Mitglieder wieder an ihren zuständigen Zahlstellenstand eingezahlt oder auf Veranlassung der Zahlstellenleitung von den Mitgliedern wieder hereingeholt werden.

Ebenfalls haben die Einzelmitglieder der Hauptstelle diese Stimmzettel erhalten und werden ersucht, dieselben ausgefüllt bis 5. August an die Hauptverwaltung des Verbandes wieder einzusenden.

Der Verbandsausschuß in München hat sich neu konstituiert und besteht aus den Kollegen Josef Biermeier, Vorsitzender; Thomas Behr, stellvertretender Vorsitzender; Georg Klein, Schriftführer; Alig von Leo und Johann Bachmayer als Beisitzer.

Der Regierungsbezirk Schwaben-Neuburg ist vom Bezirk München abgetrennt und dem Bezirk Regensburg zugeordnet worden. Die Zahlstelle Augsburg und die Einzelmitglieder in Schwaben und Neuburg haben sich also betreffend Agitation an den Bezirksleiter Hans Gumpen-dobler, Regensburg, Steinergasse 4, I. Et., zu wenden.

In der nächsten Woche gelangt das Protokoll des Verbandstages in Frankfurt a. M. an die Vorsitzenden der Zahlstellen und an die Einzelmitglieder des Verbandes zum Versand. Das Protokoll wird den Mitgliedern unentgeltlich geliefert. Jedoch haben nur die Mitglieder Anspruch auf das Protokoll, welche durch ihr Mitgliedsbuch (Mitgliedskarte) nachweisen können, daß sie ihre Beiträge einschließlich Monats Juli ordnungsgemäß bezahlt haben.

Ausgeschlossen wurde auf Antrag der Mitglieder in Höchst a. M. Konrad Ehrlein, Buch-Nr. 10 930, wegen Verbandschädigung, und auf Antrag der Zahlstelle München wurden folgende bisherige Mitglieder wegen Streifbruchs ausgeschlossen: Ebertwein, Philipp Gumbliuss, Alois Kellner, Vinzenz Kestler, Josef Löw, Georg Moosburger, Hans Bummer, Georg Stelzer, Ludwig Strauß, Simon Trautner, Ludwig Weingierl, Franz Baumann, Adolf Senneberger und Fritz Matthejoh (mit Kartennummern), außerdem Max Barth (Buch-Nr. 20 307), Michael Bunner (Buch-Nr. 20 581), Michael Hagau (Buch-Nr. 20 745), Georg Kestler (Buch-Nr. 20 771), Michael Zielbauer (Buch-Nr. 20 009), Alois Gruber (Buch-Nr. 23 839), Josef Staglmeier (Buch-Nr. 33 355), Josef Hoff (Buch-Nr. 38 420).

Der Verbandsverband. J. A. D. Allmann, Vorsitzender.

Aus den Bezirken. Cassel. Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt: P. Jankentag, Leipziger Straße 109. Chemnitz. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Kurt Rüdigerberger, Charlottenstr. 30. Dortmund. Das Verkehrsprotokoll befindet sich jetzt: „Zum Römer“, Erste Kampstr. 39. Arbeitssuchenden wird dort kostenlos Stellung vermittelt. Stuttgart. Das Verkehrsprotokoll befindet sich jetzt: „Zum großen Auersfürken“, Schlachthofstr. 9. Witten. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Franz Bieruschka, Kupferhammerstr. 11, 2. Et. Schwerm. Die Adresse des Kassierers ist: J. Schönegge, Eisenbahnstr. 15, I. Et. Alle Korrespondenzen sind an diese Adresse zu richten.

Sterbetafel. Warzen. Max Fröhlich, 32 Jahre alt, gestorben am 24. Juni. Ehre seinem Andenken!

Fahrbewegungen und Streiks. (Alle Berichtsteller über Fahrbewegungen werden ersucht, bei allen Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben.)

Verbandsnachrichten. Tarifabschluss in Traunstein. Am 1. Juni 1913 wurde in Traunstein in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, den Tarif zu kündigen. Die Kollegen waren sich von vornherein klar, daß eine Bewegung für hier und die Umgebung große Schwierigkeiten mit sich bringt.

das Versprechen abgegeben hatten, zur nächsten Betriebsversammlung die Günstigen mitzubringen, fand die von gutem Geist befehlte Versammlung ihr Ende.

Wilkam i. S. Eine Sumpfpflanze als Konkurrenz für die Selben. In Wilkam i. S. war für den Gemischten Verein eine Versammlung einberufen worden.

Es hat der Herr auch auf die Abnehmer aus organisierten Arbeiterkreisen und auf die Konsumvereine verzichtet will? Wirklich sollte am selben Abend eine öffentliche Versammlung unter der Flagge des christlich-nationalen Lebensmittelindeustrieverbandes mit dem Referenten Kaiser-Dresden stattfinden.

Ins Internetcherkeis. Bäckerei.

Zentralverband deutscher Bäckereien im Jahre 1912. Die Organisation der Bäckerei im Jahre 1912. Die Organisation der Bäckerei im Jahre 1912. Die Organisation der Bäckerei im Jahre 1912.

Organisationsfrage der Bäckerei. In einer Versammlung im Vorjahr kritisierte der Bäckereiverband in Berlin den Bericht zum Arbeitsverhältnisverhältnis für das Bäckergewerbe.

gelegt. Die Gewerbe-Deputation des Magistrats hat jedoch die Beschwerde mit folgender Entscheidung abgewiesen:

Ihre Beschwerde gegen die Bäckereiverordnung in Berlin wegen Heranziehung zu den Beiträgen für den Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband für das Bäckergewerbe müssen wir gemäß § 89 Absatz 4 der Gewerbeordnung auf Grund des Ergebnisses der Ermittlungen als ungerechtfertigt zurückweisen.

Gemäß dem Erlasse des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 27. Oktober 1909 - IV 8689 - ist es den Innungen gestattet, Arbeitgeberverbänden beizutreten unter der Bedingung, daß diejenigen Mitglieder einer Zwangsinnung, die keine Gesellen und Lehrlinge halten, und ebenso die Gesellen der Innungsmittglieder von der Zahlung von Beiträgen für diese Verbände befreit werden.

Gezeigt ist ferner, daß die Kosten für diese Mitgliedschaft nur von denjenigen Innungsmittgliedern getragen werden, die Personal beschäftigen. Somit sind Sie verpflichtet, die von der Innung umgelegten Beiträge zur Deckung der aus der Mitgliedschaft beim Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband für das Bäckergewerbe entstandenen Kosten zu zahlen.

Die Entscheidung steht ohne Zweifel nicht nur mit den gesetzlichen Bestimmungen, sondern sogar mit der den Unternehmern sehr weit entgegenkommenden Bekanntmachung über den Antritt der Innungen an die Arbeitgeberverbände in Widerspruch.

Jedes Mitglied bemühe sich, den Wochenbeitrag für den Verband stets im voraus zu entrichten!

im Bäckergewerbe zu? Niemand. Hier sehen wir eine Sparmaßnahmeorganisation in Reinkultur, die prinzipiell gegen den Tarifvertrag ist und zu diesem Zweck die friedliche Beilegung der Lohnbewegungen hintertreibt.

Schulungsanstalt im Bäckergewerbe zu Regensburg. Schon seit längerer Zeit arbeitet die hiesige Bäckereinnung systematisch darauf hin, in der Lehrlingszucht den ersten Preis zu bekommen. Im Protokoll vom 22. Januar 1912 gibt selbst die Innung zu, daß in diesem Jahre die meisten Lehrlinge seit Bestehen der gesetzlichen Anordnungen aufgezogen wurden.

einer Innungsversammlung über dieses Thema einen Vortrag halten würde.

Unsere Gehilfenschaft aber machen wir heute schon darauf aufmerksam, daß in nächster Zeit der Gesellenausschuß über seine Tätigkeit Bericht erstatten wird.

Aus gegnerischen Organisationen.

Die Sehnsucht nach der Sonntagsruhe in den Konditorien äußert sich immer stärker. Vor kurzem brachten wir den Schmerzschrei eines „Candis“ der im „Sprechsaal“ eines Hamburger bürgerlichen Blattes mit Abfall von dem nationalen guten Glauben drohte, wenn die Gesetzgebung nicht bald den süßen Nachschubflaß eine Erleichterung schaffe.

Neuer christlicher Verrat. Am 11. Juni tagte in Hannover im „Arbeiterheim“ eine Delegiertenversammlung der christlichen Gewerkschaften mit der Tagesordnung: Wie stellt sich die christlich-nationale Arbeiterschaft zu dem Monopoltarif des sozialdemokratischen Bäckerverbandes?

Als Referent fungierte der Sekretär des christlichen Bauhandwerkerverbandes, Herr Zumbrodt. Der Redner führte folgendes aus: Die christlichen Gewerkschaften ständen auf dem Boden der wirtschaftlichen Verbesserungen auf christlichen Grundlagen; aber ein Tarif, der ein Monopol in sich bregt, sei mit aller Entschiedenheit zu verwerfen.

Ein Geheimnis des Herrn Zumbrodt wird es nicht bleiben, was „wirtschaftliche Verbesserungen“ auf christlicher Grundlage“ sind. Wie kühnartig die dort im jammer über den Monopoltarif. Selbst haben die Herren zur Verbesserung der Lebenslage der Bäckergehilfen zu beteiligen.

Monopol der Not. Derselbe Herr Zumbrodt, der ganz genau weiß, daß an dem Erweiterungsbau des „Kriegerheim“, das heißt an demselben Lokal, in dem Herr Zumbrodt seine Rede hielt, nur christliche Bauhandwerker beschäftigt wurden, stellt sich dort hin und hält eine geistliche Philippika gegen die Monopolbestrebungen der Not. Für über solche Heuchelei. Welch niederträchtige Verleumdung die Christen wissenlich begehen mit den Worten: „Der Zweck des Kampfes sei, die Genossenschaftsbäckerei und die neue Konsumbäckerei lebensfähig zu machen“, wird ein jeder auf den ersten Blick einsehen. Wäre dieses wirklich der Zweck des Kampfes gewesen, dann hätte man logischerweise auch so lange gewartet, bis die neue Konsumbäckerei fertig ist. Herr Bäckermeister Gellermann-Gelle weichen mit aber viel Erfolg. Bis heute haben sich die norddeutschen Bäckergehilfen immer noch für den christlichen Schwundel bedankt. Daran wird auch wohl Herr Gellermann für die Folge noch nichts ändern. Daß die christliche Organisation der beste Boden für die gelbe Saatpflanze ist, hat Herr Gellermann ja in seinem Gedächtnis erleben müssen. Den Gipfel der Niedertracht erklimmt man jedoch, als man beschloß, die hochwertigen Brotfabriken nach Kräften zu unterstützen. Also lieber dem allergrößten Scharfmacher à la Fiebeler unter die Arme greifen, als den unterdrückten Bäckergehilfen zur Seite zu stehen. Die Düsseldorfser Nahrungsmittelhändler wollen sich wohl bei dem Herrn Fiebeler in gute Erinnerung bringen? Dazu ist es nun freilich etwas zu spät; denn Herr Fiebeler soll noch eine ganze Reihe Arbeiter antreiben haben. Das hat der Boykott bewirkt.

Wenn auch der Boykott der freien Gewerkschaften sich dadurch nicht aufhalten läßt, ein solches christliches Vorgehen ist dennoch eine beschämende Begleiterscheinung des Gewerkschaftslebens.

Polizei und Gerichte.

Bestrafte Revolverbesitzer in Breslau. Der revolutionäre Bäckergehilfe Johann Smetana hatte beim sogenannten „Arbeitslosenrat“ auf dem Ring in Breslau am 29. Mai auf den Kommissar Thiele und den Kommandeur der Schutzleute, Cwald, drei Schrotschüsse abgegeben. Die Beamten wurden nicht verletzt, sondern nur das Pferd des Thiele getreift. Kürzlich hatte sich Smetana vor der Strafkammer wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, unbefugten Waffentragens und Schießens mit einer Feuerwaffe in der Nähe von Menschen zu verantworten. Das Urteil gegen den jugendlichen Angeklagten lautet auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis, eine Woche Haft und 30 Geldstrafe. Die letzten beiden Nebenstrafen gehen durch die Unterjüngerschaft als verbüßt.

Polizeiliche Maßnahmen wegen des Boykotts in Hannover. Am 26. Juni wurde in den Geschäftsräumen von Meißner & Co., der hannoverschen Parteidruckerei, sowie unseres Verbandes eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen. Ueber den Zweck und Erfolg der Maßregel gibt nachstehende Bescheinigung Auskunft:

Bescheinigung.
In der Geschäftsstelle der hiesigen Mitgliedschaft des Bäckerverbandes ist heute gemäß Beschlusses des hiesigen königlichen Amtsgerichts 33 — 33 G 867/13 — vom 24. d. M. eine Durchsuchung zwecks Beschlagnahme der Flugblätter „An das Brot und Backwaren konsumierende Publikum“ sowie der zur Vervielfältigung dieses Flugblattes dienenden Platten und Formen vorgenommen. Es ist nichts vorgefunden worden.
Hannover, 26. Juni 1913. (Unterschrift unleserlich.)

Internationales.

Internationales Sekretariat für Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen.

- Adresse:
O. Allmann, Hamburg 1, Besenbinderhof 57 (Gewerkschaftshaus).
- Adressen der Landeszentralen:**
- Amerika.** Otto E. Fischer, 219 Bush Temple Chicago, Illinois.
 - Australien.** D. Moon, Trades Hall, Sydney.
 - Belgien.** J. Goossens, Gasmeterlaan 6, Gent.
 - Dänemark (Bäcker.)** Z. Friis, Raadmaunsgade 40, IV., Kopenhagen.
 - Zuckerwaren- und Schokoladenarbeiter.** P. G. Petersen, Skibhusveg 58, L. Odense.
 - Deutschland.** O. Allmann, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57.
 - Frankreich.** Syndicat des ouvriers boulangers de la Seine Bourse Central du travail 3 Rue du Chateau d'eau, Paris.
 - Italien.** G. Agnolini, Florenz, Camera del lavoro.
 - Kroatien und Slavonien.** M. Spitzrag, Zagreb (Agram), Ilica 55, I.
 - Niederlande.** J. Goudsmit, Genested Straat 8, Amsterdam.
 - Norwegen.** Jons Nygaard, Youngsgaden 13, III., Kristiania.
 - Oesterreich. (Bäcker.)** Julius Zipper, Wien XV/1, Markgraf-Rüdiger-Straße 27, I. Stock.
 - (Zuckerbäcker.)** M. Achaz, Gumpendorferstr. 89, Wien 6.
 - Schweden.** Anders Sjöstedt, Upplandsgatan 2, II, Stockholm.
 - Schweiz.** Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter. Zürich, Helvetiaplatz, Volkshaus.
 - Serbien.** Verband der Mühlen- und Bäckereiarbeiter, Belgrad.
 - Ungarn. (Bäcker.)** Koloman Kardics, Rakoczi-ut 63, I. Budapest.
 - (Zuckerbäcker.)** Janos Strazsky, Budapest VIII, Keuder utca 3. Ström.
- Die organisierten Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen wollen sich bei Arbeitsangebot

nach einem andern Lande an die Landeszentrale um Auskunft wenden, ob dem Antritt der Arbeit etwas im Wege steht und sie eventuell als Streikbrecher benutzt werden sollen. Auch über die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wolle man sich erkundigen, damit nicht Kollegen in ein anderes Land gelockt werden, um als Lohnrücker unter den ortsüblichen Bedingungen arbeiten zu müssen.

(JS) Die grosse Bewegung der Londoner Bäcker vor einiger Zeit endete bekanntlich mit Hilfe des Handelsamtes mit einem Kompromiß, das den Gehilfen einen Minimallohn von M. 30 für die Sechzigstundewoche sichern sollte. Da aber besonders die kleinen Meister diese Vereinbarung immer wieder umgehen, hat die Organisation der Gehilfen in Uebereinstimmung mit den Inhabern der größeren Betriebe beim Handelsminister den Antrag gestellt, das Bäckergewerbe in die Liste der Schwitzindustrien einzureihen, damit Lohnämter errichtet und durch diese die Minimalsätze festgelegt und erzwungen werden können.

(JS) In Spanien sind die Bäckergehilfen mit Rücksicht auf ein bevorstehendes Gesetz zur Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien in eine lebhafteste Bewegung zur Propagierung dieser Forderung eingetreten.

Protokoll der internationalen Konferenz der Verbände der Bäcker und Konditoren

am 5. Juni 1913 im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. Gelegentlich unserer Generalversammlung in Frankfurt a. M. fand auch eine Konferenz der anwesenden Vertreter der verschiedenen Landesorganisationen statt.

Wer mit seinen Beiträgen länger als acht Wochen restiert, kann aus der Mitgliedschaft gestrichen werden!

die als Vorberatung für den nächsten internationalen Berufskongreß wünschenswert geworden war. Die Verhandlungen waren wichtig genug, um von ihrem Verlauf auch weiteren Kreisen der Kollegenschaft Kenntnis zu geben, und lassen wir deshalb das aufgenommene Protokoll nachstehend folgen.

Es nahmen an der Konferenz teil: Verband der Bäckereiarbeiter Oesterreichs: Julius Zipper-Wien; Reichsverein der Zuckerbäcker Oesterreichs: Andreas Kummer-Wien; Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz: Schifferstein-Zürich; Svenska Bagerti och Konditoriarbetare förbundet: A. Sjöstedt und Lagergreen-Stockholm; Bakeri og Konditoren-Arbejder Forbundet i Danmark: Zacharias Friis und L. Andersen-Kopenhagen; Norsk Baker og Konditor forbunds: Bay und Schou-Christiania; Zentralverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands: O. Allmann, F. Weidler, A. Lankes, W. Kahl und der Vertreter unserer Zahlstelle in London, E. Köhler.

Allmann-Hamburg als internationaler Sekretär begrüßt zunächst die Vertreter der ausländischen Bruderverbände und weist darauf hin, daß in Anbetracht der zahlreichen Anwesenheit der ausländischen Delegierten eine Aussprache für den kommenden internationalen Kongreß in Wien notwendig geworden sei. Einmal sei es die Frage der Berichterstattung über die Maßnahmen des Internationalen Sekretariats in der letzten Zeit und dann ein Antrag der skandinavischen Länder hinsichtlich gegenseitiger Unterstützung bei Lohnkämpfen, die uns veranlassen, eine solche Aussprache herbeizuführen. Zum Bericht selbst sei zu bemerken, daß der internationale Sekretär zu wiederholten Malen versucht habe, in Belgien, und zwar in den Orten Antwerpen, Brüssel, Gent, Verviers, wo heute noch Fachvereine der Bäcker bestehen, diese zum Anschluß an den inzwischen gegründeten Nahrungsmittel-Industrieverband zu bewegen. Leider sei zu bemerken, daß dies bis jetzt nicht gelungen ist, die Mitglieder in den genannten Fachvereinen rekrutieren sich in der Hauptsache aus den Bäckereien der Genossenschaftsbetriebe und diese fürchten bei einem Anschluß an den Nahrungsmittel-Industrieverband eine höhere Beitragszahlung.

Von England kann berichtet werden, daß dort insofern ein Umschwung der Dinge eingetreten ist, daß im Distrikt London der dortige Distriktssekretär Gentry in der Zwischenzeit fertigmekommen hat, den Anschluß des Londoner Distrikts beim Internationalen Sekretariat zu bewerkstelligen. — Die Führer der Zentralorganisation (Amalgamated Union) sind heute noch nach wie vor so konservativ, wie sie es früher waren. Es wird auch in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen sein, daß diese sich dazu verstehen werden, den Anschluß der Gesamtorganisation an das Sekretariat zu bewirken. Unsere deutsche bestehende Zahlstelle in London werden wir nunmehr auf Grund der Vereinbarung dazu bewegen müssen, dem Distrikt London beizutreten. Bedingung dabei wird sein, daß dieser unserer Zahlstelle beim Uebertritt gestattet wird, eine selbständige Sektion zu errichten. Sollte das wider Erwarten nicht so ohne weiteres möglich sein, dann würde eine Reise des internationalen Sekretärs nach dort erforderlich werden.

Von Italien sei mitzuteilen, daß dort jetzt wohl fähige Leute vorhanden sind, aber es wird auch dort noch des öfters erforderlich werden, die Kongresse und Konferenzen unserer Kollegen zu besuchen, um sie zu veranlassen, zunächst einmal eine höhere Beitragsleistung in ihrer Organisation einzuführen, damit sie in den Stand gesetzt werden, ihr Fachblatt aus ihren Mitteln besser auszubauen. Der deutsche Verband wird,

wie er das bisher bereits getan hat, auch in der Folgezeit den Italienern mit Mitteln zur Betreibung der Agitation an die Hand gehen.

In Frankreich ist es endlich gelungen, den im anarchistischen Fahrwasser segelnden und nebenbei als ziemlich zweifelhafte Person bekannten Führer Bousquet abzuschleichen. An dessen Stelle ist als Führer Lévéque getreten. Dieser gibt sich die redlichste Mühe, überhaupt erst einmal Ordnung und eine geschickte Geschäftsführung Platz greifen zu lassen. In der Zwischenzeit ist ja in Paris der Streik der dortigen Kollegen ausgebrochen, von dem man heute schon sagen kann, daß er als verloren anzusehen ist. Der deutsche Verband hat den dortigen Kollegen M. 1000 zu diesem Kampfe zur Verfügung gestellt. Es wird aber notwendig werden, daß in der nächsten Zeit in der Gewerkschaftspresse den französischen Kollegen zu Gemüte geführt wird, daß es ein Unsinn gewesen ist, wenn man dort anlässlich des Streiks auch die Kollegen in den Korporativbäckereien (die heute schon bereits bessere Löhne und Arbeitsbedingungen besitzen) veranlaßt hat, mit in den Streik zu treten. Man muß schon bald annehmen, daß es den Anarchisten und Syndikalisten gelungen ist, die Führer damit zu überumpeln. Die Beitragszahlungen der Franzosen an das Internationale Sekretariat erfolgen so pünktlich wie von den andern Ländern.

Auch in den Ländern an der Donau, Bosnien, Kroatien und Serbien, war es jetzt so weit, daß diese ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Beitragszahlung regelmäßig nachkamen. Bedauerlich ist, daß unter den Kriegswirren auf dem Balkan der Verband der Lebensmittelarbeiter in Serbien zugrunde gegangen ist.

In Finnland ist es trotz aller erdenklichen Bemühungen bisher nicht gelungen, irgendwelche Verbindungen zu bekommen. Es wird sich daher empfehlen, daß der Genosse Sjöstedt-Schweden in der Folgezeit sich wird bemühen müssen, dort mal wieder Verbindungen zu bekommen und diese dem Internationalen Sekretariat zu übermitteln.

Köhler-London läßt sich des nähern über die Verhältnisse in England aus. Es existiert dort neben der heute bestehenden Union (Distrikt London) mit ihren 2000 Mitgliedern eine jüdische Organisation. Diese verfügt über 250 Mitglieder. Außerdem hat die deutsche Zahlstelle unseres Verbandes dort ihr Domizil und nebenher bestehen noch sechs Krankenunterstützungsvereine mit annähernd 1000 Mitgliedern. Die letzteren haben sich anlässlich des Streiks in England demselben nicht angeschlossen; erreicht wurde bei demselben, wie immer, herzlich wenig. Man verlegt sich in England von den konservativen Führern auf das System der Zahlung von Extrabeiträgen im Betrage von M. 2.50 pro Woche für etwaige Kämpfe, zu denen es in der Regel nicht kommt; die Gelder werden aber dann auch verbraucht. Die Mitglieder der dortigen Organisation sehen bei kleinem ein, daß es für die Folgezeit nicht so weiter gehen kann und machen deshalb ihren Führern jetzt schon allerlei Schwierigkeiten. Die Mehrzahl der Mitglieder ist nur in der Organisation, weil man in England staatliche Krankenunterstützung besitzt, die an Mitglieder der Organisation in höherem Maße gezahlt wird, als an Unorganisierte. Bezeichnend ist für die englischen Verhältnisse, daß der Führer der Zentralorganisation, namens Jenkins, ein ehemaliger gewerbsmäßiger Stellenvermittler, von der Organisation lebenslänglich angestellt ist. Wenn man sich dessen gern entledigen möchte, so kommt doch in Betracht, daß man fürchtet, ihm dann das Gehalt als Alterspension im Betrage von M. 6000 bis an sein Lebensende zahlen zu müssen, und deshalb kann man sich noch nicht dazu entschließen, denselben im Interesse der Weiterentwicklung zu beseitigen. Mit der Zeit wird man sich aber auch dort, und das beweisen bereits die Kämpfe der Transportarbeiter in England, dazu entschließen, sich von solchen Leuten freizumachen.

Sjöstedt-Stockholm: In Finnland glauben unsere Kollegen, seitdem ihnen dort von Gesetzes wegen der Achtstundentag garantiert ist und die Nachtarbeit abgeschafft ist, sich um keine Organisation mehr kümmern zu brauchen. Wegen höherer Löhne glaubt man dort einen Kampf nicht führen zu können, weil man fürchtet, daß im Handumdrehen aus dem benachbarten Rußland Streikbrecher herangezogen werden könnten. Er habe versucht, auf Kongressen in Schweden mit den Führern der Arbeiterbewegung Rücksprache zu nehmen, um Verbindungen zu bekommen; doch sei das bislang ohne Erfolg geblieben. Im ferneren glaubt er dem Internationalen Sekretariat für die geleistete Arbeit den besten Dank abstaten zu können. Nur könne er erklären, dass ihnen die in deutscher Sprache gehaltenen Zirkulare oder Publikationen des Sekretariats viel Arbeit verursachen; aber mit diesem müsse man sich abfinden. Er möchte heute den Wunsch aussprechen, daß man in Oesterreich und Dänemark endlich dazu kommen möge, die heute bestehenden kleinen Organisationen der Zuckerbäcker endlich in die Verbände der Bäcker aufgehen zu lassen. Bezeichnend sei es für ihn gewesen, daß man in Deutschland geglaubt habe, mit einer dreiwöchigen Unterstützung müsse es bei dem Kampf in Schweden im Vorjahre sein Bewenden haben. Hinsichtlich des der heutigen Konferenz zur Besprechung vorliegenden Antrages auf gegenseitige Unterstützung, gestellt von den skandinavischen Ländern, könne er denselben nur beifürworten. Er wünscht dann weiter, die Deutschen möchten bei besonderen Anlässen ihre Vertreter nach den skandinavischen Ländern senden, um Erfahrungen zu sammeln. Sie würden sehr bald einsehen müssen, daß Theorie und Praxis auch zweierlei sei.

Friis-Kopenhagen dankt ebenfalls dem Sekretariat für die geleisteten Bemühungen. Nicht nur in England, sondern auch in Dänemark habe man mit solchen geschiederten Kalamitäten zu rechnen. Einen Anschluß der Zuckerbäcker in seinem Lande an den Bäckerverband halte er für vollständig aussichtslos. Die Dänen haben ja glücklicherweise noch keine internationale Hilfe gebraucht; aber bei uns kann es noch

dazu kommen. Besondere Wert werde in den Publikationen des internationalen Sekretariats bei Kämpfen in anderen Ländern darauf gelegt werden müssen, immer rechtzeitig den Zuzug von Streikbrechern nach im Kampfe befindlichen Ländern zu verhindern. Den Antrag der skandinavischen Länder auf gegenseitige Unterstützung könne er ebenfalls befürworten.

Bay-Christiana: Sagt folgendes über die norwegischen Verhältnisse: Wir haben in Norwegen bereits 1895 eine Gesetzesbestimmung hinsichtlich der Beschäftigung der Nachtarbeit bekommen, die im Jahre 1895 noch wesentlich verbessert wurde. Unser Verbandstag im Vorjahre in Dronheim hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß wir eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit fordern müssen. In diesem Jahre ist es uns gelungen, Tarifverträge abzuschließen, die unsern Kollegen eine sechsundfünfzigstündige Arbeitszeit und außerdem eine Lohnaufbesserung von Kr. 3 bis 6 pro Woche gebracht haben. Auch wir arbeiten in Norwegen bereits auf Industrieverbände hin und werden auch dabei in der Lage sein, mit den Zuckerbäckern zu einer Einigung zu kommen. Von Finnland kann man wohl sagen, daß das russische Joch auf die dortigen Verhältnisse in besonderer Maße einwirkend ist.

Kummer-Wien: Den Verschmelzungsgedanken der Zuckerbäcker mit dem Bäckerverbande haben wir bereits angebahnt. Man soll nicht verkennen, daß es wohl in der Hauptsache an der Struktur der ganzen Branche liegt, wenn der Gedanke der Vereinigung mit den Zuckerbäckern noch nicht weiter gediehen ist. Auf unsern nächsten Verbandstage im Jahre 1914 dürfte es uns aber sicher gelingen, den Anschluß perfekt zu machen; es wird in der Hauptsache von dem taktischen Geschick der Führer abhängen, das zu erreichen.

Zipper-Wien: Auch wir Oesterreicher erkennen an, daß das Internationale Sekretariat bei seiner Arbeit für den Deutschen Verband es keineswegs so leicht hat, auch die Geschäfte der ausländischen Bruderverbände noch nebeneinander zu besorgen. Heute steht ja für uns im Vordergrund die Frage gegenseitiger Unterstützung nach dem skandinavischen Antrage. Man soll aber nicht verkennen, wie schwer es ist für Länder wie Oesterreich und Deutschland, uns auf das Projekt der Skandinavien einzulassen. Ich kann nur dringend raten, daß jede Organisation sich bemüht, die Mittel für wirtschaftliche Kämpfe im eigenen Lande durch zeitgemäße Beiträge aufzubringen. Unzweifelhaft kann doch internationale Hilfe erst zuletzt in Frage kommen. Verallgemeinern lassen sich schon heute auf keinen Fall die Wünsche der Skandinavien.

Allmann bringt hierauf den Antrag der Skandinavien zur Verlesung, der die Streikunterstützung besser regeln will. Er behauptet, was die Skandinavien wollen, wird beim besten Willen nicht gehen, wenn man nicht die Zugehörigkeit der kleinen und jungen Verbände zum Internationalen Sekretariat vollständig in Frage stellt. Es muß konstatiert werden, daß es schon im Vorjahre bei dem Riesenkampf in Schweden sehr schwer für die kleinen Verbände war, die auf sie entfallenden Mittel aufzubringen. Ein Vorwurf kann auch heute nicht gegen die Amerikaner erhoben werden, wenn sie sich damals auf mehrmalige Anforderungen des Internationalen Sekretariats nur dazu verstanden konnten, eine Woche Mittel zur Unterstützung der Schweden zu senden. Man darf doch nicht verkennen, daß die Amerikaner bisher und auch in der Folgezeit noch ganz bedeutende Mittel im Lande selbst zur Bekämpfung des Brotstreikes verwenden müssen. Genau so liegt es beim Verbands der Zuckerbäcker Oesterreichs, der, um einen Kampf in Wien in einer Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik selbständig aus eigenen Mitteln führen zu können, gezwungen war, Kr. 20000 Darlehen aufzunehmen, und von dieser Schuldenlast hat man heute noch abzutragen. Genau so gut, wie man sich in Deutschland dazu verstehen muß, im Zeichen der Lohnkämpfe von seinen derzeitigen Mitgliedern, die nicht am Kampfe beteiligt sind, bedeutende Extrabeiträge zu leisten, wird man das auch in anderen Ländern bei schweren Kämpfen tun müssen.

Sjöstedt-Stockholm: Auch wir haben während des Kampfes zwei Kronen pro Mitglied in der Hauptsache zu Extrabeiträgen erhoben. Zudem haben die Zahlstellen im Lande noch angeordnet, daß zu besonderen Veranlassungen hinsichtlich der Unterstützung noch 5 bis 10 Pf. der verdienten Löhne an Extrabeiträgen erhoben wurden.

Schiffenstein-Zürich wendet sich ebenfalls dagegen, daß man den Antrag der Skandinavien generell beschließt. Auch wir in der Schweiz haben mit ganz erheblichen Ausgaben auf Grund unserer verschiedenen gegenseitigen Verhältnisse zu rechnen. Sie müssen bedenken, daß es bei uns in der französischen sowohl als auch in der italienischen Schweiz ziemlich Mittel zur Anwendung bedarf für Agitation, wenn wir in diesen Gegenden weiterkommen wollen. Wohl können wir postulieren, daß wir in der letzten Zeit sehr gute Fortschritte gemacht haben; aber fast steht für mich, wir würden ihnen mit der Annahme des Antrages nur Hoffnung machen, und im Ernstfälle würden wir beim besten Willen nicht in der Lage sein, unsere Verpflichtungen einzulösen. — Wir haben es daher schon immer so, wir geben ihnen keine bindende Verpflichtung, denn werden wir wenigstens nicht verantwortlich, wenn wir denselben nicht einhalten können.

Zipper-Wien: Genau wie in der Schweiz würde das auch in Oesterreich sein. Sie müssen doch immer bedenken, daß wir keine besonderen Mittel in Gestalt von Beiträgen zur Deckung internationaler Unterstützung erheben. Wenn dann lediglich aus der Kasse der Organisation solche Gelder bewilligt werden sollen, geht das nicht immer so, wie man sich das denkt. Auch wir waren nicht in der Lage, während des Kampfes in Schweden mehr zu geben, weil wir Rücksicht zu nehmen hatten auf das uns bevorstehende Kampf in Wien. Wenn die skandinavischen Organisationen auf Grund ihrer guten Organisationsverhältnisse sich etwas Derartiges schaffen können, unter sich, dann ist das sehr

erfreulich. — Ich bin fest überzeugt, es wird die Zeit kommen, wo wir doch einmal ernstlich in allen Ländern werden daran denken müssen, solche Mittel zur internationalen Unterstützung in Gestalt von besonderen Beiträgen zu erheben.

Sjöstedt-Stockholm: Schon auf dem internationalen Kongress in Kopenhagen haben wir eine solche Auseinandersetzung gehabt; bezeichnend ist, daß dort die Oesterreicher die Antragsteller waren. Die Sache liegt ja auch so, daß wir sie doch nicht zwingen wollen, unter allen Umständen unseren Antrag anzunehmen. Wir wünschen nur, daß sie denselben mal eingehend prüfen, und schließlich überlegen Sie sich die Sache doch bis zum nächsten internationalen Kongress. Wenn Zipper behauptet, wir hätten die olympischen Spiele in Stockholm vorgeschützt für einen glücklichen Ausgang unseres Kampfes in Schweden, so ist dem nicht so. Wir haben lediglich dem Kollegen Kahl, der seinerzeit anlässlich der Aussperrung bei uns war, eine dortige Meinung persönlich zum Ausdruck gebracht. Wir können es aber ruhig der Entwicklung überlassen und werden ja sehen, ob dann nicht doch noch ein Weg zur Verwirklichung unseres Antrages gefunden werden kann.

Allmann-Hamburg: Nach den Ausführungen des Kollegen Sjöstedt haben sich nunmehr weitere große Diskussionen und Verhandlungen in der Frage erübrigt. Wir haben, wenn wir die Sache hier zur Sprache gebracht haben, lediglich dabei gewollt, unsere Skandinavien auf dem kommenden internationalen Kongress in Wien vor großen Enttäuschungen zu bewahren. Wir werden selbstverständlich bemüht sein, dafür zu sorgen, daß auf Grund der Beschlüsse in Kopenhagen

**Spätestens am 5. Juli
ist der 28. Monatsbeitrag für 1913
(6. Juli bis 12. Juli) fällig.**

die Verbände angehalten werden, bei Ausschreibung internationaler Hilfe die Mittel aufzubringen. Sicher ist heute schon, daß auch wir bemüht sind, auszubauen nach jeder Richtung hin; wenn wir das wollen, dann können wir aber dies nicht erreichen mit der Annahme eines Antrages, wie es die Skandinavien wünschen.

Bay-Christiana: Ich kann erklären, ich bin eigentlich von dieser Aussprache ziemlich enttäuscht. Unser Antrag kommt mir jetzt bald vor wie eine Rose, an der man im schlimmsten Falle riechen kann! Erklären kann ich aber, daß die letzten Ausführungen Allmanns in mir die Hoffnung aufkommen lassen, daß es mit der Zeit besser wird.

Lagergreen-Stockholm: Ich kann allerdings erklären, daß unsere Kollegen ihre ganzen Hoffnungen auf die olympischen Spiele gesetzt hatten, weil sie der Meinung waren, daß durch dieselben die Unternehmung sehr schnell zum Nachgeben gezwungen werden könnten. Leider ist das nicht eingetroffen, und daraus resultiert auch die lange Dauer des Kampfes. Wir wollen gerne zugeben, daß der deutsche Verband bemüht war, uns in der weitgehendsten Weise zu unterstützen. Aber was nützt uns alle internationale Hilfe in finanzieller Beziehung, wenn dann bei Kämpfen es den Leuten an der erforderlichen internationalen Solidarität mangelt und sie dann zu uns als Streikbrecher kommen. Zugabe wird ohne weiteres, daß hierfür freilich nicht die betreffende Organisation verantwortlich gemacht werden kann, weil es eben immer Andergeseinnte sind, die das tun.

Allmann: Wir sind bemüht, das zu erreichen, was von Ihnen gewünscht wird, freilich wird das noch einer Spanne Zeit bedürfen. Im übrigen glaube ich mich für verpflichtet zu halten, den Repräsentanten des Auslandes unsere verbindlichsten Dank abzustatten für die Ehre, die sie uns erwiesen haben durch Teilnahme an unseren Verhandlungen. Mit diesen Worten kann ich wohl die Konferenz für geschlossen erklären.

Sozialpolitisches.

Verbot der Sonntagsarbeit in den Bäckereien. Für die Stadt Solingen und den oberen Landkreis Solingen wurde vom Regierungspräsidenten zu Düsseldorf nachstehende Bekanntmachung erlassen:

Auf den Antrag von zwei Dritteln der beteiligten Gewerkschaften bestimmte ich gemäß § 41 b der Reichsgewerbeordnung unter Aufhebung der Verordnung vom 12. Mai 1909 für den Umfang der Stadt Solingen und des oberen Landkreises Solingen — Stadtgemeinden Grottel, Hülshof, Ohlig und Reib —, daß in den Bäckereien an den Sonn- und Festtagen ein Betrieb nur insoweit gestattet wird, als Annehmlichkeiten von den im § 105 b Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung getroffenen Bestimmungen durch die Bekanntmachung vom 14. Juni 1909 (N. F. S. 23) geschaffen sind. Wegen der Erweiterte Bestimmung wird auf § 148 a der Reichsgewerbeordnung verwiesen.

Düsseldorf, den 12. März 1913.

Der Regierungspräsident,
J. F. v. Diercks.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Gleichseitig wird hier von mir unter dem 21. Mai 1909, J. Nr. 600 erlassene Bekanntmachung für die Stadt Solingen aufgehoben.

Solingen, den 25. März 1913.

Der Landes-: Suck.

Überwiegend durch den Regierungspräsidenten zu Dresden eine Bekanntmachung nach Maßgabe vom 12. Juni ab der Teil in den Verträgen der Bäcker und Konditoren im Bezirk der Stadt Gabelsberg (Sachsen) nur nach folgenden Bestimmungen zulässig ist:

1. In festigen Bäckereien ist die Beschäftigung von Kindern nur an folgenden Tagen und Zeiten, und

zwar während neun Stunden gestattet; dem Neujahrstage, zweiten Weihnachtsfeiertage, Karfreitag, zweiten Osters- und Pfingstfeiertage, Wutz- und Vettage, Gimmelvorfesttage, Sonntag vor Fastnacht, von Sanft Nikolaus vor Weihnachten, vor Neujahr und außerdem an zwei von der Ortspolizeibehörde im Bedarfsfalle zu bestimmenden Sonntagen.

2. In Konditoreien ist die Beschäftigung von Kindern an allen Sonn- und Festtagen während acht Stunden zur Herstellung eigentlicher Konditoreiwaren gestattet unter Ausschluß von Backwaren, zu denen verwendet wird.

Die Sonntagsruhe in Rheinland-Westfalen greift in den Bäckereien und Konditoreien immer weiter um sich. Das Ergebnis ist vornehmlich auf die Stellung der Unternehmer zurückzuführen, die aus religiösen Gründen und den örtlichen Verhältnissen entsprechend selbst ein Verbot der Sonntagsarbeit beantragen. An dem bestehenden Zustand wird dadurch aber nichts geändert. Lediglich werden durch die behördlichen Vorschriften die wenigen Außenleiter zur Einhaltung der Sonntagsruhe gezwungen. Mit der Regelung der Sonntagsruhe wie hier können wir uns aber nicht einverstanden erklären, weil am Tage vorher eine noch mehr als zwanzigstündige Arbeitszeit geleistet werden darf. Wir fordern aber eine ununterbrochene Ruhepause von 36 Stunden wöchentlich ohne Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Tagen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

1. Der Verband der deutschen Buchdrucker hat vor kurzem im städtischen „Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus“ zu Danzig seine achte (ordentliche) Generalversammlung ab. Sie begann am Sonntag, 15. Juni, mit einem Festmahl, auf dem ein Stadtrat als offizieller Vertreter der Stadt Danzig die Arbeiterdelegierten bewillkommnete und eine königlich preussische Militärkapelle ihnen die Musik machte; zwei Momente, die wohl kaum je auf einer gewerkschaftlichen Tagung zu verzeichnen waren. Der Herr Vertreter der Stadt Danzig feierte in seiner Ansprache die Buchdruckerkunst als den bedeutendsten Kulturfaktor und bemerkte unter anderem auch, daß der Verband der Buchdrucker nicht als Kompartimentorganisation auftritt, sondern im Wege friedlicher Vereinbarung seine Ziele zu erreichen suche, und sprach sich weiter lobend über die Unternehmenseinrichtungen aus, die den praktischen Sinn beförderten, der in der Buchdruckerorganisation herrsche.

Dem Vorsitzenden Döblin schien diese Anerkennung nicht recht zu behagen, was sich nachprüfen läßt. Er widerstehe deshalb in seiner Entgegnung unter anderem, daß der Deutsche Buchdruckerverband lediglich auf Grund der Solidarität der Kollegen groß geworden sei und daß die Unternehmenseinrichtungen nicht Selbstzweck, sondern lediglich Mittel zum Zweck seien. Döblin wies auch ferner darauf hin, daß die friedliche Entwicklung und das karitative Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer zugleich von einer gewissen Schamachereskizze bedroht werde und man daher nicht wissen könne, ob der Friede noch von langer Dauer sein werde.

In der Diskussion über den Rechenschaftsbericht des Vorstandes trat allgemeine Zufriedenheit mit der geschäftlichen Tätigkeit des Vorstandes hervor, so daß man von einer eigentlichen Kritik kaum reden konnte. Es gab nur einen ziemlich scharfen Zusammenstoß wegen der Tätigkeit des Vorstandes, insbesondere des Vorsitzenden, zwischen diesem und dem Delegierten Steinhardt-Hamburg. Dieser warf dem Vorstande allerlei Sachen vor, die nicht im Interesse der Kollegen gelegen haben sollen. Es trat dabei insbesondere die bekannte Affäre zwischen dem Buchdrucker und der Verlagsanstalt der Großindustriellen-Gesellschaft sowie eine weitere Affäre mit dem „Hamburger Fremdenblatt“. Döblin erklärte, auf den Bericht Steinhardts verzichten zu können, dessen Anschuldigungen über gewerkschaftliche Taktik seien vermerkt und seine Darstellung von den Vorstandsmitgliedern in Hamburg teilweise von den eigenen Mitdelegierten desavouiert worden. In einer an die Delegierten verteilten Broschüre wird der Hamburger Streitfall mit dem „Fremdenblatt“ näher behandelt. Nach Erledigung des Zwischenfalles wurde der Rechenschaftsbericht des Vorstandes gegen eine Stimme (Steinhardt) genehmigt. Bei den Beratungen über die Anträge auf Abänderung der Unternehmenseinrichtungen vertrat der Vorstand den Standpunkt, daß der größere Teil der Anträge überhaupt nicht diskutabel sei, daß dagegen im Rahmen der bestehenden Verträge ein gerechter Ausgleich geschaffen werden müsse zwischen Leistung und Gegenleistung.

In der Diskussion trat ein Teil der Redner für eine Erhöhung der Unternehmenseinrichtungen ein, andere wandten sich entschieden gegen jede Erhöhung der Unternehmenseinrichtungen; sie betonten den gewerkschaftlichen Charakter der Organisation und wollten einer Beitragserhöhung nur zustimmen, wenn diese selber lediglich für die gewerkschaftlichen Zwecke des Verbandes reibend bleiben sollten. Die Angelegenheit wurde schließlich zu einer Annahmestimmung verwiesen.

Bei der Beratung über die allgemeine und tarifliche Lage gab Döblin in ausführlicher Weise ein Bild von der allgemeinen gewerblichen Lage und den Spezialfragen des Buchdruckerberufs, wobei er besonders die Entmachtung der Tarifgemeinschaft ausführlich behandelte und auf die Schwächen der nächsten Tarifrevision verwies. Seitens der gewerkschaftlichen Schlichter hat man sich hinter gewisse Unterschmeichelei im gewerblichen Gewerbe gestellt und ihnen eingeredet, daß die in der Tarifgemeinschaft liegende Monopolstellung der Buchdrucker befestigt werden müsse. Ein Teil der Unternehmer im Buchdruckerberuf hat diesen Redungen Gehör geschenkt, und so machen sich denn auch Streikungen im Buchdruckerberuf bemerkbar, die in schmerzlichen Sinne zum Ausdruck kommen. In einer Resolution wurde der Verbandstag dem Vorstande ein volles Vertrauen ausgedrückt, er wurde zum Fortschritt zur Festhaltung an der Tarifgemeinschaft, jedoch wurde auch die Mitglieder der Organisation zur eifrigen Mitarbeit an den gewerkschaftlichen Aufgaben des Verbandes auf, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein.

